



NIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 23.06.2015,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 21:08



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers ab TOP 3 ö.S. 18.00 Uhr

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Gerhard Mosebach

Dirk Vögeli

SPD

Sonja Baum-Baur

Hermann Demmerle

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf ab TOP 5 ö.S. 19.08 Uhr

Prof. Peter Leiner

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

Heinz Schmitt



Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller bis TOP 5 ö-S. 18.34 Uhr

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

UBFL

Bertram Marquardt

AfD

Myriam Kern bis TOP 12 ö.S. 19.53 Uhr

FDP



Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordneter

Rudi Klemm ab TOP 2 ö.S. 17.34 Uhr

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Claus Eisenstein	(Jugendamt)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Ralf Müller	(Amt für Schulen, Kultur und Sport)
Dr. Thomas Waßmuth	(Vorstand Energie Südwest AG)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Rolf Kost	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Dorothea Müller	(stellvtr. Ortsvorsteherin Mörzheim)
Michael Niedermeier	(Leiter Pressestelle)
Michael Schreiner	(Ortsvorsteher Godramstein)
Carina Treitz	(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer



Markus Geib

Entschuldigt

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass sich die Ratsmitglieder Dr. Gertraud Migl und Jakob Wagner zu einer Stadtratsfraktion zusammengeschlossen haben. Diese trage den Namen „Pfeffer und Salz“. Fraktionsvorsitzende ist Frau Dr. Migl, ihr Stellvertreter Herr Wagner.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Vorstandes der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Thomas Waßmuth
3. Bericht der Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz, Frau Sophia Maroc
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erstattung Kindergartenbeiträge für die Zeit des Streiks der Erzieherinnen und Erzieher
Vorlage: 101/291/2015
5. Landauer Weg der Bürgerbeteiligung
Vorlage: 100/164/2015
6. Neuwahl der Ausschüsse
Vorlage: 100/167/2015
7. Stadtwald; Zweckvereinbarung "Hochstraße" - nochmalige Beschlussfassung
Vorlage: 230/265/2015
8. Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen der Stadt Landau in der Pfalz (Ausbaubeitragssatzung)
Vorlage: 300/099/2015
9. Fortschreibung des Bauprogramms 2014 - 2017
Vorlage: 660/091/2015
10. Höhe des Eigenanteils für das Mittagessen in den Ganztagschulen
Vorlage: 400/053/2015
11. Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes zum 01.03.2015
Vorlage: 510/063/2015
12. Bebauungsplan „GS 8-Zwischen Plöckgasse und Godramsteiner Hauptstraße“, Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses
Vorlage: 610/359/2015
13. Einziehung gem. § 37 des Landesstraßengesetzes der Kreisstraße „K 3“ zwischen den Netzknoten 6814 001 und 6814 076 und 6814076 und 6814 004 der Kreisstraße K12 zwischen den Netzknoten 6814 075 und 6814 076



Vorlage: 680/102/2015

14. Energiebericht 2015
Vorlage: 820/161/2015
15. Änderung der Abfallgebührensatzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs
Vorlage: 860/269/2015
16. Beschwerde gemäß § 16 b GemO gegen die Behandlung von Anträgen in der
Stadtratssitzung am 28. April 2015
Vorlage: 100/168/2015
17. Verschiedenes
- 17.1. Anfrage Ratsmitglied Wagner zu Freifunk



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Kurt Doll sprach das Parkproblem in der Eutzinger Straße an. Die Schilder seien viel zu klein und viel zu hoch angebracht.

Der Vorsitzende verwies auf die Straßenverkehrsordnung. Es gebe nach der StVO für eine Halteverbotszone nur dieses eine Schild.

Herr Meißner wollte wissen, ob die Prüfberichte zu den Geschäftsführungskosten der Fraktionen veröffentlicht seien.

Der Vorsitzende entgegnete, dass diese Prüfberichte nicht öffentlich seien.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Bericht des Vorstandes der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Thomas Waßmuth

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Dr. Waßmuth und bat ihn um seinen Bericht.

Herr Dr. Waßmuth erklärte, dass das Jahr 2014 ein sehr gutes Jahr gewesen sei und zwar dadurch, dass es ein sehr warmes Jahr gewesen sei. Das Ergebnis nach Steuern betrage 4,4 Millionen Euro. Geprägt gewesen sei das Jahr von Netzaktivitäten. Zusammen mit den Stadtwerken Annweiler habe man eine neue Gesellschaft, die Trifels Gas GmbH, gegründet, an der die Energie Südwest Anteile von 49 % halte. Im Bereich der erneuerbaren Energien sei man direkt oder indirekt an 11 Unternehmen beteiligt. Dies zeige das Engagement der Energie Südwest in diesem Bereich.

Für das Jahr 2015 habe man sich vorgenommen, das Ergebnis aus dem Jahr 2014 wieder zu erreichen. Ziele in der strategischen Ausrichtung seien die Erweiterung des Netzgebietes und die Fortsetzung des Engagements im Bereich der erneuerbaren Energien. Man strebe zudem weitere Beteiligungen und überregionale Kooperationen bei Fotovoltaikanlagen an. Neuauflegen werde man auch die Möglichkeit, dass sich die Bürger an Projekten bei Erneuerbaren Energien beteiligen können. Dies werde wohl zum letzten Mal möglich sein.

Wesentlichstes Projekt in der Wassersparte sei die Fertigstellung des Wasserbehälters in Arzheim. In diesem Jahr übernehme man auch die technische Betriebsführung für den Zweckverband Wasserversorgung Impflinger Gruppe, an dem auch die Stadt Landau beteiligt sei. Damit die Wasserversorgung in einem guten Zustand bleibe, sei es notwendig zu investieren. Die Investitionen im Wasserbereich würden sich auch in den kommenden Jahren auf ca. 1 – 1,5 Millionen Euro jährlich belaufen.

Ratsmitglied Doll sah die Energie Südwest auf einem guten Weg. Im Bereich der erneuerbaren Energien seien hohe Investitionen vorangetrieben worden. Dies sei wichtig zum Ausbau der regenerativen Energieerzeugung. Kundenrückgewinnung und Kundenzufriedenheit sollten weiterhin im Fokus des Unternehmens stehen. Er begrüße ausdrücklich auch das geplante Bürgerdarlehen.

Ratsmitglied Scharhag legte den Fokus seiner Ausführungen auf den vorangegangenen Waldbegang mit dem Schwerpunkt Wasser. Die Energie Südwest stelle jährlich rund 2,5 Millionen Kubikmeter Wasser zur Verfügung. Das Wasser komme zu 65 % aus Quellen und zu 35 % aus Tiefbohrungen. Kaum jemand wisse, wie aufwändig die Überprüfung der 41 Quellen sei. Landau habe Wasser von hoher Qualität und zu einem günstigen Preis. Mit diesem hohen Gut Wasser müsse man sorgsam umgehen.

Ratsmitglied Lichtenthäler sprach von einem erfreulichen Bericht. Es werde deutlich, welchen hohen Schutzwert die Quellen und das Biosphärenreservat haben. Sehr erfreut sei er über die Zuwächse im Bereich der erneuerbaren Energien, beispielsweise über die Erzeugung von regionalem Strom aus Windkraft. Er stellte die Frage, ob die Energie Südwest noch Potentiale für regionale Stromerzeugung sehe. Weiter fragte er, ob es Projekte zur Stromspeicherung gebe.

Ratsmitglied Freiermuth dankte für sehr erfreuliche Zahlen. Ihn interessiere, ob es Überlegungen gebe, mit der Telekom im Bereich schnelles Internet zusammenzuarbeiten.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass sie auch sehr positive Aspekte in den regionalen Stromprojekten sehe. Sie bat um einige Erläuterungen zur Personalentwicklung. Weiter wollte sie wissen, ob die Probleme im Trinkwasserbrunnen im Horstgebiet ausgeräumt seien. Schließlich bat sie um Auskunft zur Häufigkeit von Stromabschaltungen.

Herr Dr. Waßmuth erklärte, dass es für ein regionales Unternehmen natürlich um ein vielfaches attraktiver sei, Windräder im Stadtwald aufzustellen, als sich irgendwo anders zu beteiligen. Insgesamt seien Windprojekte deutlich schwieriger als Photovoltaikanlagen. Dies deshalb, weil Windprognosen



sehr unsicher seien. Der Zugang an Photovoltaikanlagen liege etwa auf dem Level des Jahres 2004. Dies sei ein deutlicher Verfall.

Grundsätzlich gebe es verschiedene Speichermöglichkeiten. Interessant wären für die Energie Südwest größere Speicher, um ganze Ortschaften zusammen zu fassen. Hier fehle es aber noch an Rahmenbedingungen durch den Bund. Als Energie Südwest sei man nicht in der Lage selbst in Speichertechnologien zu gehen.

Beim Thema Schnelleres Internet verfolge man seit längerem die Philosophie, in den Trassen Leerrohre mit zu verlegen. Es gebe hier eine Kooperation mit Kabel Deutschland, von Seiten der Energie Südwest die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Bisher habe man davon abgesehen, ein eigenes Konzept zu entwickeln. Es bleibe daher bei der Philosophie, in die Infrastruktur zu investieren.

Insgesamt seien die Personalzahlen leicht ansteigend. Ihm seien hinsichtlich des Trinkwassers im Horstgebiet keine Probleme bekannt. Stromabschaltungen bei Bürgern gebe es natürlich, aber lediglich in geringem Maße.

Ratsmitglied Schmitt bat um Erläuterung der Gründe, warum man an der Lärmschutzwand in Queichheim keine Photovoltaikanlage errichtet habe.

Herr Dr. Waßmuth entgegnete, dass es letztlich an der Wirtschaftlichkeit gescheitert sei.

Ratsmitglied Lerch fragte nach, ob es eine Antwort der Landesregierung gebe zur Frage, ob Windräder im Staatsforst aufgestellt werden können.

Herr Dr. Waßmuth teilte mit, dass es laut Land im Süden keine Flächen hierfür gebe.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Bericht der Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz, Frau Sophia Maroc

Der Vorsitzende bat Frau Maroc um ihren Bericht.

Frau Maroc berichtete, dass es in den ersten Monaten ihrer Amtszeit bereits 40 Kooperationspartner gebe. Die ersten Wochen und Monate seien von der Einarbeitungszeit geprägt gewesen. Daraus hätten sich die Schwerpunkte der Arbeit im ersten Jahr herausgebildet. Ein Schwerpunkt sei die Öffentlichkeitsarbeit und die Vernetzung der Arbeit. Zur Vernetzung der Arbeit gehöre beispielsweise die städtische Themensammlung, zu der sie ja einen Antrag gestellt habe. Wichtig sei ihr auch die Identifizierung der Studierenden mit der Stadt. Hierzu könnten sogenannte Workloadpunkte beitragen. Diese Workloadpunkte böten die Möglichkeit, soziale oder freiwillige Arbeit als Studienleistung anrechnen zu lassen. Zur Vernetzung gehöre auch eine Willkommenskultur. Hier gebe es einige Ideen und Ansätze. Aktuell stelle sie zusammen mit dem AKU eine „Begrüßungstasche“ für Erstsemestler zusammen. Im Bereich der Kultur gehe es ihr um eine starke Vernetzung von „Stadtkultur“ und „Unikultur“. Ein großes Projekt der künftigen Arbeit sei das Ziel, die Studierenden auch nach dem Studium in Landau zu halten. Hier habe bereits eine Kooperation mit der ARGE Wirtschaftsförderung begonnen. Die Ergebnisse der Umfrage „Stadt als Marke“ würden hierfür als Grundlage helfen.

Der Vorsitzende dankte Frau Maroc für ihren Bericht. Er halte es für sehr erfreulich, dass 40 % der Studenten bereit wären in Landau zu bleiben, wenn es eine berufliche Perspektive gibt. Dies müsse uns hellhörig machen.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass die Universität wichtig sei für Landau. Die Universität sei ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und ein bedeutender Faktor bei der Demographie. Nicht umsonst werde Landau als Schwarmstadt bezeichnet. Diese geistigen Potentiale dürfe man nicht unterschätzen. Aus Sicht der CDU-Fraktion zeige der Bericht, dass es ein guter Einstand der Universitätsbeauftragten gewesen sei.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron dankte für die SPD-Stadtratsfraktion für den Bericht. Die Universität sei ein Wirtschaftsfaktor und Impulsgeber für die Stadt und die Region. Es zeige sich, dass die Bestellung einer Universitätsbeauftragten ein wichtiger und richtiger Schritt gewesen sei. Ziel müsse es sein, die Zusammenarbeit zwischen Universität und Stadt weiter zu verstärken, die Universität also weiter „in die Stadt“ zu holen. Fraglich sei, ob sich das Amt der Universitätsbeauftragten mittelfristig überhaupt noch im Ehrenamt managen lasse. Von daher müsse man auch über eine hauptamtliche Stelle in der Verwaltung nachdenken, beispielsweise eine Stabsstelle Universität.

Ratsmitglied Hartmann freute sich, dass nach der ursprünglichen Skepsis heute die Mehrheit wohl überzeugt sei, dass es eine gute Entscheidung war, diese Beauftragtenstelle zu schaffen. Der heutige Bericht zeige, dass es der richtige Schritt gewesen sei.

Ratsmitglied Freiermuth bedankte sich für die FWG-Stadtratsfraktion ebenfalls für das Engagement von Frau Maroc.

Ratsmitglied Wagner betonte, dass dieses Amt der Universitätsbeauftragten ein Schritt in die richtige Richtung sei. Dadurch werde die gegenseitige Wahrnehmung gefördert. Es gebe aber hier auch noch ein hohes Ausbaupotential.

Ratsmitglied Vogler wollte wissen, ob alle Dozenten aus den Fachbereichen den Workloadpunkten zugestimmt hätten.

Frau Maroc entgegnete, dass nicht alle Dozenten zustimmen müssten. Im Moment sei man am abklären, in welchen Fachbereichen dies möglich sei.



Der Vorsitzende dankte Frau Maroc für ihren Bericht. Die Universität stehe auch in der Zukunft vor Herausforderungen. Es müssten Entwicklungspotentiale aufgezeigt werden, beispielsweise zur Entwicklung eines Campus Süd.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erstattung Kindergartenbeiträge für die Zeit des Streiks der Erzieherinnen und Erzieher

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 1. Juni 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Es sei derzeit eine schwierige Situation für die Eltern. Von daher wäre es gut, als Stadt ein Zeichen zu setzen und die gezahlten Beiträge zurück zu erstatten. Er sei dankbar, dass dies bereits aufgegriffen worden sei.

Bürgermeister Hirsch verwies auf den Schlichterspruch vom heutigen Tag, der eine Erhöhung der Erzieherinnengehälter um bis zu 4,5 % vorsehe. Der Schlichterspruch werde von beiden Seiten zur Annahme empfohlen. Wenn der Spruch so umgesetzt werde, bedeute dies für die Stadt Mehrkosten von 220.000 Euro pro Jahr.

Eine Abstimmung erfolgte nicht, da der Antrag bereits umgesetzt war.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Landauer Weg der Bürgerbeteiligung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 1. Juni 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Bürgerbeteiligung sei in Landau schon seit Jahren fester Bestandteil unserer Arbeit. Das was man nun in dem vorliegenden Papier „Landauer Weg der Bürgerbeteiligung“ vorlege, strukturiere diesen Weg. Es werde festgelegt wie es zukünftig läuft, es definiere Bürgerrechte, schaffe Klarheit über Abläufe und Verantwortung und sei eingebunden in die Willensbildung des Rates. Die Bürger hätten mit diesem strukturierten Verfahren die Möglichkeit, ihre Ideen gezielt einzubringen. So könne der Stadtrat auf einer breiteren Basis entscheiden. Er danke ausdrücklich Frau Prof. Dr. Stein, die diesen Prozess in der Arbeitsgruppe hervorragend gemanagt habe. Sein Dank gelte auch den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für die engagierte Mitarbeit. Der Beschluss sei verknüpft mit einer Personalstelle, der die ADD allerdings noch zustimmen müsse.

Herr Dr. Marz stellte für den Arbeitskreis die Ergebnisse dieses Prozesses vor. Der Weg sei sehr positiv verlaufen und habe nun auch zu einem positiven Ergebnis geführt. Es sei einzigartig für Landau, dass es gelungen sei, alle an einen 'Tisch zu bringen. Nun gelte es, die vorhandenen Chancen zu nutzen. Hierzu brauche man eine gute Transparenz beispielsweise durch eine frühzeitige Vorhabenliste gerade bei großen Projekten. Bei allen Fraktionen des Rates sei die grundsätzliche Bereitschaft vorhanden, vom vorhandenen Wissen der Bürger zu profitieren. Untersuchungen hätten gezeigt, dass Bürgerbeteiligung finanzielle Einsparungen bringe. Wesen der Bürgerbeteiligung sei es, aus Betroffenen Beteiligte zu machen. Es sei sehr positiv zu sehen, was in Rheinland-Pfalz in Sachen Bürgerbeteiligung alles gehe. Angedacht habe man im Arbeitskreis die Einführung einer Bürger-Online-Plattform, um eine Dialogmöglichkeit zu eröffnen. In Trier laufe eine solche Plattform sehr gut. Den Bürger ernst zu nehmen, bedeute, eine Kultur des Gehörtwerdens zu schaffen. Er hoffe, dass es gelinge Schätze zu heben.

Ratsmitglied Lerch sah einen großen Konsens in dem Bemühen, die Bürger stärker zu beteiligen. Wenn man es aber ernst nehme, dann müsse man auch Strukturen erstellen. Im Konzept werde von zusätzlichen personellen Ressourcen gesprochen, was er nachvollziehen könne. Allerdings hätte er sich gewünscht, dass man dies vorab mit der ADD klärt. Selbst auf die Gefahr hin, dass die ADD dies ablehne, könne die CDU-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen. Nach etwa einem Jahr sollte man einen Evaluationsbericht vorlegen. Dann könne man überprüfen, ob man gegebenenfalls an der beschlossenen Struktur nachbessern müsse.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron war der Meinung, dass dies ein guter Tag für die politische Kultur in Landau sei. Man habe sich vor geraumer Zeit auf den Weg gemacht. Er danke, den Beteiligten an diesem Arbeitskreis. Die Erarbeitung dieser Leitlinien sei allein schon ein Stück Bürgerbeteiligung. Wenn man sich heute auf den Weg mache, dann habe man die Chance, Dinge noch besser zu machen, in dem Menschen in Planungsprozesse eingebunden werden. Man müsse sich bewusst sein, dass es im Einzelfall auch zu Härten kommen könne. Dies müssten der Rat und die Bürger dann auch aushalten können. Das Ganze sei ein Lernprozess. Es gebe auch keine Garantie, dass es zu Verbesserungen komme. Wer Bürgerbeteiligung wolle, der müsse auch bereit sein eine Stelle auszuweisen. Es sei konsequent, dies zu tun. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Hartmann lobte das positive Miteinander im Arbeitskreis. Er sei aber nicht restlos überzeugt von dem, was man heute beschließe. Nicht überzeugt sei er beispielsweise davon, dass die Stelle beim Oberbürgermeister angesiedelt werde. Er sei auch nicht vollkommen überzeugt vom Beirat. Allerdings gebe es auch viel Gutes und positives. So sei es gut, dass die Altersgrenze weggefallen sei. Man sollte nach 2 Jahren Kurskorrekturen vornehmen. Im Wesentlichen aber sei es der richtige Weg und der richtige Schritt. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.



Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass es ja nicht sicher sei, ob der Landauer Weg der Bürgerbeteiligung erfolgreich sein werde. Aber man habe sich zumindest auf den Weg gemacht. Auch die FWG-Stadtratsfraktion habe ein wenig Zweifel. Es gebe ja jetzt schon eine Reihe von demokratischen Strukturen, mit denen der Bürger die Möglichkeit habe, sich einzubringen. Die Veranstaltung im Alten Kaufhaus sei ein Rückschlag gewesen, da die Akteure unter sich gewesen seien. Bürgerbeteiligung – und keiner komme hin. Nach einem Jahr sollte man reflektieren, wen man erreicht habe. Für die zu schaffende Stelle wäre es gut, jemanden zu finden der ein ausgewiesener Verwaltungsfachmann sei, um die Stelle relativ flexibel zu handhaben. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass Bürgerbeteiligung nur mit motivierten Bürgern funktioniere. Dies bedeute, man müsse es den Bürgern einfach machen sich zu beteiligen. Man dürfe keine zu engen Ausschlusskriterien machen. Auch die Einstellung müsse sich ändern. Dies bedeute, den Bürger als Bereicherung und nicht als Störfaktor zu sehen. Transparenz könne auch Konflikte entschärfen. Sie sehe es als eine Schwachstelle, dass der Stadtrat die letzte Entscheidung habe. Dies könne die Bürger auch frustrieren. Personell sei das Thema Bürgerbeteiligung mit nur einer Stelle sehr eng bemessen. Sie sehe dies als absolutes Minimum. Die Fraktion Pfeffer und Salz werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Marquardt dankte dem Arbeitskreis für die geleistete Arbeit. Schwierigkeiten habe er mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle und des Beteiligungsrates. Für ihn sei dies ein hoher bürokratischer Aufwand, der mit Zeitverlust verbunden sei. Er habe zur Bürgerbeteiligung einen anderen Ansatz. Es sei zielführender in Ausschüssen nichtöffentliche Punkte öffentlich zu diskutieren. Dieser Sitzungsvorlage werde er aus diesen Gründen nicht zustimmen.

Der Vorsitzende unterstrich, dass die Gemeindeordnung durch Bürgerbeteiligung nicht außer Kraft gesetzt werde. Der Rat habe das letzte Wort, dies könne auch nicht anders sein. Der Rat sei das von den Bürgern legitimierte Organ. Dass man die Stelle flexibel handhaben werde, sei selbstverständlich. Die Bürgerschaft in Landau sei auch definitiv kein Störfaktor. Dies zeige sich an den vielen Beispielen, an denen bereits Bürgerbeteiligung praktiziert worden sei.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck war der Auffassung, dass allein schon der Prozess zum Landauer Weg der Bürgerbeteiligung ein ernst nehmen des Bürgers sei. Er sei ein überzeugter Verfechter der Bürgerbeteiligung. Es sei wichtig, jetzt diese Strukturen zu schaffen. Die notwendige Evaluierung müsse auch zeigen, wie der Beteiligungsrat funktionieren solle. Er wolle ausdrücklich allen Beteiligten im Arbeitskreis für die Zusammenarbeit danken.

Ratsmitglied Hartmann entgegnete auf die Aussagen des Oberbürgermeisters, dass repräsentative Demokratie keine Bürgerbeteiligung sei. Bei der Evaluation sollte man überlegen, evtl. die Universität einzubinden.

Ratsmitglied Baum-Baur machte deutlich, dass es um den Weg der Bürgerbeteiligung gehe. Man sei erst auf dem Weg und noch nicht am Ziel. Das jetzt vorliegende Konzept müsse man mit Inhalten, mit Leben füllen. Auch die Jugend sei hier ein großes Potential. Deshalb müsse man über Formen der Online-Beteiligung nachdenken. Es sei ganz wichtig, zu versuchen, die Bürger mitzunehmen. Die Bürger hätten die Möglichkeit gehabt, sich an der Veranstaltung im Alten Kaufhaus zu beteiligen. Leider sei niemand gekommen.

Ratsmitglied Löffel betonte, dass man für dieses Bürgerbeteiligungsverfahren Geld in die Hand nehme. Deswegen halte er es für wichtig, dieses nach einem Jahr ernsthaft auf den Prüfstand zu stellen.

Der Vorsitzende stellte nochmals klar, dass man nicht bei Null anfangen. Man habe bereits gewachsene Beteiligungsstrukturen. Manche Dinge würden aber Zeit brauchen, da sollte man auch nicht enttäuscht sein.



Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 2 Enthaltungen:

die dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Leitlinie für Bürgerbeteiligung in Landau in der Pfalz als Grundlage für mehr Transparenz, Systematik sowie Themen- und Formenvielfalt für die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung der Stadt.

Ebenso stimmt der Stadtrat zu, im Stellplan für das Haushaltsjahr 2016 eine zusätzliche Stelle in der Entgeltstufe E 10 TVöD bzw. Besoldungsgruppe A 11 LBesG im Bereich des Hauptamtes zu schaffen.

Die Umsetzung kann nur erfolgen, wenn die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion dem Haushalt 2016 mit dem Stellenplan zustimmt, da es sich dem Grunde nach um eine freiwillige Aufgabe handelt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Neuwahl der Ausschüsse

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 19. Juni 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt aufgrund des dieser Sitzungsvorlage in der Anlage beigefügten gemeinsamen Wahlvorschlags aller im Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz vertretenen politischen Gruppen die Mitglieder der dort aufgeführten Ausschüsse.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Stadtwald; Zweckvereinbarung "Hochstraße" - nochmalige Beschlussfassung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 20. Mai 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Änderung der Neufassung der Zweckvereinbarung „Hochstraße“ in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen der Stadt Landau in der Pfalz (Ausbaubeitragssatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 29. April 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Man habe sich vor Jahren gemeinsam auf den Weg gemacht. Er sei nach wie vor überzeugt, dass es der richtige Weg gewesen ist, eine Stadt als gesamtes Gebilde zu sehen. Das Bundesverfassungsgericht habe es aufgrund mehrerer Klagen anders gesehen, dieser Beschluss sei bindend mit Konsequenzen für die Stadt Landau. Es seien nun mehrere verschiedene Abrechnungsgebiete zu bilden. Nach bestem Wissen und Gewissen habe man einen Vorschlag erarbeitet. Dieser Vorschlag der Verwaltung sei vernünftig. In 3 Ortsteilen werde es teurer werden. Dort werde man auch Bürgerversammlungen durchführen, um es den Menschen zu erklären. Es werde im Einzelfall Kritik geben, der man sich stellen müsse.

Ratsmitglied Marquardt wollte wissen, ob die künftigen Bewohner des Wohnparks Am Ebenberg in dieses Solidarsystem einbezogen seien.

Der Vorsitzende bejahte dies.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 3 Enthaltungen:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigelegten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen der Stadt Landau in der Pfalz (Ausbaubeitragssatzung)“ als Satzung rückwirkend zum 01.01.2014



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Fortschreibung des Bauprogramms 2014 - 2017

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 5. Mai 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Fortschreibung der Bauprogramme 2014 – 2017 wird zugestimmt.

Für die Beratung in den Ortsteilen gilt, dass der Ortsbeirat für das Bauprogramm seines Ortsteils anzuhören ist.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Höhe des Eigenanteils für das Mittagessen in den Ganztagschulen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 1. Juni 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dürphold wollte wissen, warum es nur bei der IGS eine zusätzliche städtische Mitarbeiterin gebe, die beiden anderen Schulen nicht aufgeführt seien.

Herr Müller antwortete, dass dies noch aus der ehemaligen Hauptschule her rühre. Alle anderen Schulen würden mit externen Kräften besetzt.

Ratsmitglied Wagner fragte, warum die Sonderkosten bei allen Schulen gleich seien. Weiter bitte er um Erläuterung, warum der städtische Zuschuss zu den Essen so stark variere.

Herr Müller entgegnete, dass sich teilweise FSJ'ler mitbringen. Die Sonderkosten seien fiktive Kosten und daher überall gleich angesetzt.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass er dieser Vorlage nicht zustimmen könne. Man müsse sich schon fragen, was sozial angemessen sei. Er könnte nur zustimmen, wenn der Grund für die Erhöhung eine bessere Qualität wäre.

Der Vorsitzende unterstrich, dass die Qualität über gesetzte Standards definiert werde. Letztendlich gebe man nur das weiter, was das Ausschreibungsergebnis gebracht habe.

Ratsmitglied Lerch fragte, ob die Kosten jetzt höher oder niedriger für die Stadt liegen würden.

Herr Müller stellte klar, dass die Kosten etwa gleich bleiben würden.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

ab dem Schuljahr 2015/2016 die Eigenbeteiligung der Eltern an den Kosten des Mittagessens von derzeit 3,30 € an Grundschulen und 3,50 € an weiterführenden Schulen wie folgt zu erhöhen:

- für die Mittagsverpflegung an den Grundschulen Horstring, Thomas-Nast und Süd auf 3,35 € und
 - für die Mittagsverpflegung an der Grundschule Pestalozzi, der Konrad-Adenauer-Realschule plus, der Integrierten Gesamtschule und Otto-Hahn-Gymnasium auf 3,85 € und
 - für die Mittagsverpflegung an der Nordringschule auf 3,60 €
- zu erhöhen**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes zum 01.03.2015

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Jugendamtes vom 27. Mai 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. In den letzten Jahren habe man Millionenbeträge investiert, um die Kindertagesstätten zu öffnen für die unter 3-jährigen Kinder. Die Plätze seien kontinuierlich steigend. Man habe rund 50 % Ganztagsplätze, Tendenz steigend. Im Moment decke man den Bedarf ab. Es könne aber sein, dass wegen der steigenden Flüchtlingszahlen in den nächsten Monaten nochmal nachgelegt werden müsse.

Künftig werde man sich verstärkt der Frage der Ganztagsbetreuung in den Schulen widmen müssen. Man werde künftig mehr Hortplätze in der Stadt benötigen.

Ratsmitglied Burgdörfer war der Auffassung, dass ein gesellschaftlicher Wandel auch neue Strukturen brauche. Der Ausbau der Kindertagesstättenplätze sei abgeschlossen. Man habe eine große Bandbreite unter den 1878 Plätzen. Das Spektrum sei sehr groß und auf die Familien abgestimmt. Der Ausbau der Schulkindbetreuung sei jetzt die logische Folge. Die Sozialpolitik in unserer Stadt sei von Weitblick, Geschick und Menschenfreundlichkeit geprägt. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Vogler betonte, dass seit 1998 fast 1000 Ganztagsplätze geschaffen worden seien. Dies trage dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung. Es gebe nun einen Riesenbedarf an Hortplätzen. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Follenius-Büssow sprach von einer wunderbaren Quote an Betreuungsplätzen. Dies sei sicher ein Verdienst der Verwaltung, aber auch und vor allem der Erzieherinnen und Erzieher. Der Bedarf bei den unter 3-jährigen werde weiter wachsen. Es sei auch sicher notwendig, die Hortsituation zu verbessern. Wichtig sei auch, in der Kernstadt mehr Kita-Plätze zu schaffen. In der Innenstadt gebe es nur einen Kindergarten, alle anderen seien in der Südstadt. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Klein betonte, dass es gerade bei Ganztagsplätzen eine hohe Nachfrage und Wartelisten gebe. Prinzipiell sei die Situation in Landau aber gut. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass es wichtig sei, vor allem Familien zu unterstützen die kleine Kinder haben. Positiv sei, dass man jetzt zwei kommunale Kindertagesstätten habe. In den Kindertagesstätten werde hochqualifizierte Arbeit geleistet, was oftmals auch das Elternhaus entlaste. Was die Situation der Hortplätze betreffe, denke sie dass sich diese Situation durch die Vermehrung der Ganztagsschulplätze entspannen werde. Allerdings erkenne sie den Nachholbedarf im Bereich der Hortplätze durchaus an. Auch die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme zu.

Bürgermeister Hirsch entgegnete zur Flüchtlingssituation, dass man evtl. Gruppen erweitern müsse. Außerdem habe man beim zweigruppigen Neubau beim Bethesda die Option einer Erweiterung. Mehr Personal habe man im Rahmen des Möglichen immer bewilligt, allerdings seien auch immer irgendwo Grenzen gesetzt. Bei der Sprachförderung reiche das Geld vom Land nicht aus, um alle Anträge in den Einrichtungen abzuarbeiten. Man habe Anträge im Wert von 95.000 Euro und bekomme vom Land 65.000 Euro. Den Rest nehme man aus dem Haushalt hinzu. So könne man jetzt erstmals alle Anträge erfüllen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

Der Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung rückwirkend zum 1. März 2015 wird zugestimmt. Der Bedarfsplan ist als Anlage beigelegt.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Bebauungsplan „GS 8-Zwischen Plöckgasse und Godramsteiner Hauptstraße“, Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 11. Mai 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Volkhardt bemängelte, dass die Grundstückseigentümer in diesem Verfahren zu spät einbezogen worden seien. Nun bekomme man zum wiederholten Male in Godramstein kein Baugebiet, obwohl Bedarf bestehe. Er werde sich daher der Stimme enthalten.

Herr Kamplade entgegnete, dass es in dieser Form nicht richtig sei, dass die Eigentümer zu spät beteiligt worden seien. Schon bevor man überhaupt die Gremien zum ersten Mal damit befasst habe, habe man zusammen mit dem ehemaligen Ortsvorsteher die Eigentümer eingebunden, um die grundsätzliche Zustimmung zu erhalten. Im Laufe der Planung sei dann der überwiegende Teil der Eigentümer umgeschwenkt.

Ratsmitglied Bakhtari erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion zustimmen werde, wenn auch mit großem Bedauern. Leider seien nur 2 der betroffenen 7 Eigentümer bereit gewesen, ihre Flächen in Bauland umwandeln zu lassen. Godramstein brauche dringend Bauplätze, insbesondere für junge bauwillige Familien.

Ratsmitglied Dr. Kopf teilte mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimme. Man finde es bedauerlich, dass dieses Gebiet nicht realisiert werden könne. Es sei letztlich nur konsequent, das Verfahren zu beenden, wenn es keinen Willen der Eigentümer gebe, ein Baugebiet zu entwickeln. Die SPD-Fraktion sehe nach wie vor den Bedarf, in den Ortsteilen Baugebiete auszuweisen. Dabei müsse das Programm der Baulandstrategie immer weiter fortgeschrieben werden. Auch in Mörsheim und Wollmesheim müsse es nun vorangehen.

Der Vorsitzende stellte klar, dass es nicht mehr so einfach sei, ein neues Baugebiet genehmigt zu bekommen.

Ratsmitglied Lerch entgegnete, dass er doch sehr verwundert sei, wie exorbitant groß neue Baugebiete in den umliegenden Dörfern seien. Nur in Landau werde immer erzählt, dass es nicht gehe.

Ratsmitglied Braun war der Meinung, dass die Vorlage in der Konsequenz der Baulandstrategie stehe. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme daher zu. Modernes, intelligentes und flächensparendes Bauen werde nicht auf der grünen Wiese stattfinden, sondern müsse verdichtend in der Stadt und in den Ortsteilen erfolgen. Hierzu gehöre auch Mietwohnungsbau und nicht nur Einfamilienhäuser.

Ratsmitglied Eichhorn wollte wissen, woher der Sinneswandel der Eigentümer komme.

Herr Kamplade antwortete, dass der wesentliche Grund der Erhalt der Gartenflächen gewesen sei.

Ratsmitglied Baum-Baur wünschte sich, dass die Dorfgemeinschaft in Godramstein erhalten bleibe. Daher müsse man versuchen, den Dorfkern weiter zu beleben. Auch wenn sie wisse, dass das Baugebiet am Rande von Godramstein nach wie vor ein Thema sei, so bitte sie doch darum, erst die Möglichkeiten im Innenbereich auszuschöpfen.

Ratsmitglied Freiermuth erinnerte daran, dass man sich nach einem langen Prozess auf die Baulandstrategie geeinigt habe. Man müsse diese aber auch kritisch begleiten. Wenn man an Grenzen komme, müsse man dies auch erkennen. Man wolle keine Zersiedelung der Landschaft und auch keine Ideologie.



Ratsmitglied Volkhardt erklärte, dass man in Godramstein eine ganze Reihe von Baulücken habe, die untersucht worden seien. Keine der Baulücken könne bebaut werden, die Baulandstrategie sei aus seiner Sicht für Godramstein gescheitert.

Ratsmitglied Lerch machte deutlich, dass es doch eigentlich keinen Dissens in der Frage Innenentwicklung vor Außenentwicklung gebe. In Godramstein aber sei kein Innenentwicklungspotential da.

Ratsmitglied Baum-Baur betonte, dass Godramstein aus ihrer Sicht ein florierendes Dorf sei. Andere Stadtdörfer würden mit viel größeren Schwierigkeiten kämpfen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „GS 8-Zwischen Plöckgasse und Godramsteiner Hauptstraße“ vom 30. September 2014 wird aufgehoben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Einziehung gem. § 37 des Landesstraßengesetzes der Kreisstraße „K 3“ zwischen den Netzknoten 6814 001 und 6814 076 und 6814076 und 6814 004 der Kreisstraße K12 zwischen den Netzknoten 6814 075 und 6814 076

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 1. Juni 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende bisher dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Verkehrsflächen einzuziehen:

Teilstrecke der Kreisstraße „K 3“ zwischen den Netzknoten 6814 001 und 6814 076 und 6814076 und 6814 004 der Kreisstraße K12 zwischen den Netzknoten 6814 075 und 6814 076 Die Flächen sind im beiliegenden Lageplan rot und gelb gekennzeichnet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Energiebericht 2015

Der Vorsitzende verwies auf die Informationsvorlage des Gebäudemanagements vom 20. Mai 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er begrüßte den städtischen Energieberater, Herrn Axel Kasprzyk und bat ihn um seinen Bericht.

Herr Kasprzyk erklärte, dass die gesetzlichen Anforderungen immer weiter steigen würden. Durch den Einsatz erneuerbarer Energien seien wesentliche Fortschritte erzielt worden. Gegenwärtig seien die aktuellen Energiepreise für fossile Energieträger sehr günstig. Dies gefährde ein wenig den Fortschritt beim Klimaschutz. Er stelle zunehmend fest, dass beim Thema Energie und Klimaschutz eine gewisse Gleichgültigkeit entstanden sei.

Im Jahr 2013 habe man Gesamtkosten für Energie von 3,2 Millionen Euro gehabt. Damit erzeuge man u.a. 17.500 MWh Wärme. Man erkenne auch, dass der Stromanteil immer größer werde. Erfreulich sei der Bereich der Schulen; während man den Wärmebedarf insgesamt um 40 % gesenkt habe, liege die Senkung bei den Schulen bei 80 %. Die Bereiche Strom und Wasser seien relativ konstant geblieben. Allerdings würden viele gesetzliche Anforderungen Einsparungen teilweise wieder zunichte machen. Hätte man in den letzten 10 Jahren nichts getan, müsste man jetzt rund 900.000 Euro mehr an Energiekosten aufwenden.

Im Moment realisiere man das Projekt eines Stromverbundes zwischen der Berufsbildenden Schule, der neuen Sporthalle der Berufsbildenden Schule und der Thomas-Nast-Grundschule. Derzeit decke man 55 % des Verbrauchs an den Schulen mit erneuerbaren Energien ab, müsse aber dazu sagen, dass man im Moment Ökostrom zukaufe. Im Zuge der Sanierung der Grundschule Wollmesheimer Höhe habe man den Bedarf durch den Einsatz einer Wärmepumpe von 550 auf 135 MWh gesenkt.

Er empfehle, nun die Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes anzugehen. Wichtig sei ihm auch, dass die Hausmeister der städtischen Gebäude besser qualifiziert werden. Wichtigster Punkt allerdings sei die Aufstellung von städtischen Leitlinien. Dort sollte beispielsweise das Klimabudget enthalten sein und auch die Organisation, wie man die Ziele des Klimaschutzkonzeptes erreiche.

Ratsmitglied Höhlinger dankte für die CDU-Stadtratsfraktion für die hervorragende Arbeit. Das vorliegende Ergebnis sei mehr als erfreulich, das GML habe hier eine Vorbildfunktion.

Ratsmitglied Schowalter betonte, dass Energie immer teurer werde und man daher sparen müsse. Er wolle daher ein Lob dafür aussprechen, dass es in ganz vielen Bereichen gelungen sei zu sparen. Auch die Renovierung städtischer Wohnungen spare letztendlich Geld und habe für die Mieter einen Mehrwert durch Einsparungen bei den Nebenkosten.

Ratsmitglied Braun war der Auffassung, dass Herr Kasprzyk so etwas wie ein grüner Überzeugungstäter sei. Die Einrichtung der Stelle des Energiemanagers sei ursprünglich auf einen grünen Antrag zurückzuführen. Diese Stelle rechne sich in jedem Fall. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde in jedem Fall die Vorschläge unterstützen.

Ratsmitglied Freiermuth fand es interessant, wie die Entwicklung über die Jahre vorangehe. Er müsse leider auch feststellen, dass das Interesse an Energiefragen zum Teil deutlich zurückgegangen sei.

Ratsmitglied Wagner sah durchaus einen Bedarf einer Umstrukturierung des Energiemanagements, möglicherweise durch die Schaffung einer zweiten Stelle. Der Bericht zeige, dass im Energiemanagement richtige Dinge passieren.

Der Stadtrat nahm den Energiebericht zustimmend zur Kenntnis.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Änderung der Abfallgebührensatzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 12. Mai 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Marquardt wollte wissen, ob diejenigen Bürger, die die Befreiung bei der Biotonne bereits beantragt haben, dies erneut beantragen müssten.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass es hier Bestandsschutz gebe.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 1 Nein-Stimme:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigelegten Entwurf zur Änderung der Abfallgebührensatzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau als Satzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Beschwerde gemäß § 16 b GemO gegen die Behandlung von Anträgen in der Stadtratssitzung am 28. April 2015

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 9. Juni 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass damals bei der Entscheidungsfindung noch einige Fragen zu klären gewesen seien. Von daher sei es ein sinnvoller Weg gewesen, noch keine Entscheidung zu treffen, sondern es in den Ausschuss zu verweisen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Ratsmitglied Marquardt bat um Auskunft, ob die ADD hinsichtlich der Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft angeschrieben worden sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies nichts mit diesem Tagesordnungspunkt zu tun habe.

Ratsmitglied Braun erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Verwaltungsvorlage zustimmen werde. Sie finde es gut, dass sich Bürger engagiert für eine Sache einsetzen. Allerdings müssten sich auch Bürger an Regularien halten.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja,- 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen:

Der Stadtrat lehnt die Beschwerde der Initiative für bezahlbares Wohnen in Landau, vertreten durch Herrn Martin Kröhn und Herrn Wolf-Dieter Thoms, gegen die Behandlung der Anträge der damaligen UBFL-Stadtratsfraktion und der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion in der Sitzung des Stadtrates am 28. April 2015 ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende verwies auf die Anfrage der FWG-Stadtratsfraktion vom 19. Juni 2015 zu den Besucherzahlen der Landesgartenschau. Aktuell stehe man bei 330.000 Besuchern. Bei Landesgartenschauen gehe es immer um die Zahl der Besuche. Verkauft seien rund 19.000 Dauerkarten und 240.000 Tageskarten. Im Moment würden verstärkt die Bustouristen die Gartenschau besuchen. Insgesamt sei man auf gutem Weg, allerdings sei es für eine Zwischenbilanz noch zu früh.

Ratsmitglied Eggers sprach die Besetzung der offenen Schulleiterstellen in Landau an. Der Schulträgerausschuss habe bereits im Oktober 2014 sein Benehmen hergestellt. Nun gebe es immer noch keine Entscheidung der ADD. Er wolle gerne wissen, bis wann hier mit einer Entscheidung zu rechnen sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Stadt lediglich für die Herstellung des Benehmens zuständig sei. Alles andere entscheide das Land. Er gehe davon aus, dass bis zum Schuljahresbeginn alle Schulleiterstellen besetzt sind.

Ratsmitglied Demmerle erinnerte an den Schülerlauf am 22. Mai und das Schulkulturfestival am 20. Juni. Bedauerlich sei, dass diese Veranstaltungen keinerlei Resonanz in der Presse gefunden hätten.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron bat in diesem Zusammenhang darum, zu solchen Veranstaltungen künftig auch den Stadtrat einzuladen.

Ratsmitglied Schowalter lobte die Veranstaltung „Fete de la Musique“, das immer am 21. Juni stattfinde. Vielleicht wäre es möglich, im Jahr 2016 an diesem Tag keine Stadtratssitzung zu terminieren.

Ratsmitglied Doll dankte für die durchgeführten Verbesserungen an der Fahrradrampe beim Hauptbahnhof.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17.1. (öffentlich)

Anfrage Ratsmitglied Wagner zu Freifunk

Der Vorsitzende teilte mit, dass man zusammen mit der Energie Südwest den freien Internetzugang auf dem Landesgartenschau Gelände umgesetzt habe. Zusammen mit der Eröffnung des Heinrich-Heine-Platzes Anfang Juli werde man auch an der Stadtbibliothek einen Router anbringen und damit einen weiteren Knotenpunkt im Stadtgebiet schaffen. Mit diesen Knotenpunkten wolle man zunächst Erfahrungen sammeln, bevor man weiter entscheide.



Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 23.06.2015 umfasst 32 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 245.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter